AUTOBAHNZUBRINGER/GEWERBEGEBIET

Bürgerbegehren beginnt heute

Die Malsfelder Opposition probt den Aufstand: Der von der SPD-Mehrheit im Parlament gefaßte Beschluß für ein Gewerbegebiet Ostheim samt Autobahnzubringer soll per Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gekippt werden.

MALSFELD ■ Zu einem „Bündnis auf Zeit" haben sich die drei Oppositionsparteien CDU, FWG und Gemeinschaftsliste

VON THOMAS STIER

Hochland Fuldatal im Malsfelder Gemeindeparlament zusammengeschlossen. Ihr Ziel: Der von der SPD-Merheit im Parlament gefaßte Beschluß, sich an einem gemeinsamen Gewerbegebiet bei Ostheim zu beteiligen, soll gekippt werden.

Erreichen wollen das die drei Fraktionen über einen Bürgerentscheid. Um den durchsetzen zu können, muß zunächst ein Bürgerbegehren organisiert werden (siehe Erläuterungskasten). Mit dem Sammeln der dafür erforderlichen Unterschriften wollen die Fraktionen schon heute beginnen.

Meinungsbild

Mit Bürgerbegehren und Bürgerentscheid wolle man das tatsächliche Meinungsbild in er der Malsfelder Bevölkerung zu dem Komplex „Gewerbegebiet - Autobahnanschluß Ostheim - Autobahnzubringer B 83 zur Autobahn" zuverlässig erkunden und den gegenwärtigen Zustand bloßer Vermutung der Mehrheitsmeinung überwinden, erklärten Dr. Johannes Heyn (GL), Helmut Mutschler (FWG) und Klaus Rehs (CDU) geenüber der HNA. Selbstverständlich werde man das Ergebnis der Bürgerentscheidung dann auch mittragen.

Zweifel daran, die erforderlichen Stimmen für das Bürgerbegehren zu bekommen, haben die drei Kommunalpolitiker nicht. Allein in Malsfeld, erinnern sie, hätten sich 1992 über 600 Menschen bei einer Unterschriftenaktion des Ortsbeirates gegen den Bau eines Autobahnzubringers über das Gemeindegebiet ausgesprochen. Für das Bürgerbegehren sind zehn Prozent der Wahlberechtigten der jüngsten Kommunalwahl erforderlich. Dies waren 3186 Männer und Frauen, es reichen also 319 Stimmen für ein erfolgreiches Bürgerbegehren.

Dabei, so ihre Vermutung, reicht die Front der Gegner bis in die Reihen der SPD. „Die Abstimmung im Parlament spiegelt nicht das wahre Meinungsbild der SPD wider. Einige haben nur dem Fraktionszwang gehorcht", mutmaßte Rehs.

Die hessische Gemeindeordnung legt fest, daß die erforderliche Unterschriftenzahl für ein Bürgerbegehren sechs Wochen nach der Parlamentsentscheidung vorliegen muß. Entschieden hat die Gemeindevertretung am 27. Juni, letzter Termin wäre also der 8. August. „Das schaffen wir leicht", gab sich Heyn zuversichtlich.

Obwohl sich die Hauptstoßrichtung der drei Fraktionen gegen den Autobahnzubringer wendet, darf der aus formalrechtlichen Grünen weder beim Bürgerbegehren noch beim späteren Bürgerentscheid auftauchen, weil er auch nicht Gegenstand des Parlamentsbeschlusses war. Dieser sei zuvor nicht ausreichend diskutiert worden, meinte Mutschler. „Hier sollte ein Freibrief für ein späteres Verhalten erteilt werden. Das machen wir nicht mit."

Der Beschluß des Parlaments lautete: „Die Gemeindevertretung beschließt, sich an einem gemeinsamen Gewerbegebiet in der Gemarkung Ostheim im Rahmen des Konzeptes „Kommunales Entwicklungskonzept mittleres Fuldatal" mit den angrenzenden Städten und Gemeinden zu beteiligen." Den Bürgerinnen und Bürgern werden die drei Oppositionsparteien ab heute folgende Aussage zur Unterschrift vorlegen: „Ich bin gegen diesen Beschluß und fordere einen Bürgerentscheid."

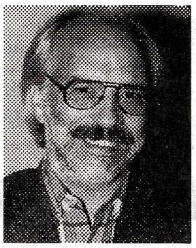
Die Kritik der drei Fraktionen richtet sich in erster Linie gegen den über fünf Kilometer langen Autobahnzubringer vom Gut Fahre zum möglichen Autobahnanschluß Ostheim. Die Trasse führe zu nah an der Wohnbebauung vorbei und verursache für die Malsfelder eine massive Belastung, meinte Mutschler. Er erinnerte an das neue Wohngebiet „Auf dem Loh" in der Kerngemeinde, das kaum 100 Meter von der Trasse entfernt sei. Auch Elfershausen und Dagobertshausen seien durch den Lärm von Tausenden von Fahrzeugen auf dem Zubringer erheblich in ihrer Wohn- und Lebensqualität betroffen.

Kritisch setzten sich die drei Männer mit der Umweltverträglichkeitsstudie auseinander, nach der die Variante Ostheim weniger Umweltschäden verursache als eine Teilumgehung Melsunges bei Obermelsungen. „Diese Studie hat bis heute kein Parlamentarier gesehen, wir können die darin getroffenen Aussagen nicht überprüfen", bemängelte Mutschler.

Man sei nicht grundsätzlich gegen ein gemeinsames Gewerbegebiet, erläuterte der FWG-Sprecher weiter. Mit dem Konzept seien aber soviele Funktionen verknüpft, daß es einfach nicht klappen könnte. Mutschler: „Das wäre eine eierlegende Wollmichsau, die auf einen Schlag alle Probleme der Region lösen soll."

Für Malsfeld sei es nicht hinnehmbar, daß die Nachbarstadt Melsungen ihre Verkehrsprobleme ausschließlich zu Lasten der Malsfelder Bevölkerung lösen wolle. Der Bürgerentscheid soll Klarheit darüber schaffen, ob sie diese Last tragen will.

Dr. Johannes Heyn, Gemeinschaftsliste Hochland Fuldatal



Helmut Mutschler, Freie Wählergemeinschaft Malsfeld

Klaus Rehs, CDU Malsfeld

Unterschriften an Info-Stand

Die Unterschriftensammlung für das Bürgerbegehren gegen den Autobahnzubringer beginnt heute um 15.30 Uhr in Malsfeld. In der Industriestraße nahe dem Großmarkt bauen CDU, FWG und GL einen Informationsstand auf, an dem sich Bürgerinnen und Bürger in die ausgelegten Listen eintragen können. Die Aktion wird am Samstag von 9 bis 12 Uhr an gleicher Stelle fortgesetzt.

Später sollen die Listen auch in allen Ortsteilen ausliegen. Ansprechpartner sind dabei die Vertreter der drei Parteien, die das Bürgerbegehren tragen. Bis zum 8. August müssen 319 Stimmen zusammenkommen, um das Begehren für einen Bürgerentscheid erfolgreich auf den Weg zu bringen.

(tom)